Mittwoch, 8. Juli 1925 • 73. Jahrgang Nr. 318

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung — Sport-Zeitung
Film-Zeitung — Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung — Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 236, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 6, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39. Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Professoren streiten — Die Preise steigen

Der Zollkampf in der Agrarkommission — Einige indiskrete Anfragen an die Reichsregierung

Auf Veranlassung des handelspolitischen Ausschusses, der die Zollfrage behandelt, ist eine sogenannte Agrar-Enquetekommission gebildet worden. Als die Herrschaften, d. h. die Mitglieder dieses Ausschusses, am Dienstag sich buchstäblich in die Haare gerieten, wies der Vorsitzende darauf hin, daß eigentlich diese Kommission ein Areopag von Wissenschaftlern und Gelehrten darstellen solle. Hoffentlich hat er damit nicht sagen wollen, daß man davon bisher recht wenig gemerkt hat. Also dieser Areopag tagt diese ganze Woche hindurch, und er beschäftigt sich mit deutscher Gründlichkeit mit allen möglichen und unmöglichen Fragen, die direkt und indirekt mit der Zollvorlage in Verbindung stehen. Diesem Areopag von Wissenschaftlern gehört auch der bayerische Salonbauer Eisenberger an. Das deutsche Volk kann also zufrieden sein, daß die Sache so gehandhabt wird. Vielleicht auch nicht! Denn in Wirklichkeit ist diese Kommission zur Farce geworden, einmal deswegen, weil man ihr Tätigkeitsgebiet gegen den Widerspruch von links auf eine Woche befristet hat, dann aber, weil der handelspolitische Ausschuß selbst sich um die Ergebnisse dieser Kommission gar nicht kümmert und ruhig weiterarbeitet, getrost weiter Zölle bewilligt. Immer eine Position nach der anderen und immer mit 14 gegen 12 Stimmen. Mit der Obstruktion ist es nichts. Regierungsparteien und Reichsregierung spielen die Rolle des Stummen. Hauptsache ist: die Zölle werden bewilligt. Und sie werden bewilligt werden. So um den 23. bis 30. Juli herum.

Die Agrarier reiben sich die Hände, und das Volk steht geduldig dabei. Inzwischen bricht ein Streik nach dem anderen aus. Die Entlassungen mehren sich, die Agrarprodukte steigen.

Und die Regierung? Was denkt sich eigentlich Herr v. Schlieben? Er gehört dem Johanniterorden an und trägt — natürlich bildlich gesprochen — eine schwarz-weiß-rote Weste. Und glaubt Herr Luther, daß das Volk auf die Dauer Gefallen daran findet, wenn er entweder nach München oder auf die Insel Föhr fliegt? Das Volk würde es wahrscheinlich für richtiger finden, wenn Herr Luther aus seinem Amte natürlich nicht fliegen, sondern gehen würde. Er macht sowieso gegenwärtig meistens ein Gesicht wie ein Konfektionär, der über die Stimmung an der Börse unzufrieden ist.

Also: Was gedenkt die Reichsregierung gegen die fortgesetzten Preissteigerungen zu tun?

Was gedenkt die Reichsregierung gegen die ungeheure Steuerbelastung der Wirtschaft zu tun, die die kleinen und mittleren Betriebe vernichtet und eine Massenarbeitslosigkeit im Gefolge haben muß?

Glaubt die Regierung dadurch, daß ihr Chef Luther den starken Mann spielt, wirklich auf die Dauer die Dinge meistern zu können? U. A. w. g.

* * *

In der gestrigen Sitzung des Agrarausschusses des Reichstags meinte Professor Aereboe, daß es besser sei, ein Veredelungsprodukt, wie die Viehzucht es hervorbringe, im Lande zu erzeugen, und das Getreide, das nur ein Rohstoff sei, einzuführen. **Tatsache sei, daß 75 Prozent des deutschen Bodens der Viehhaltung dienten und nur 25 Prozent dem Getreidebau.** Der Boden, der zum Getreidebau benutzt werde, befinde sich größtenteils im Besitze der Großagrarier. Daher liege die These nahe: **Dem Großgrundbesitz liegt mehr an Getreidezöllen, dem Bauern auf den mittleren und kleineren Betrieben mehr an den Viehzöllen.**

Professor Warmbold betont wiederholt, daß die Politik des Professors Aereboe auf lange Sicht bestimmt sei und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine solche Politik auf lange Sicht unmöglich wäre.

Der Abgeordnete des bayerischen Landtags, Schlittenbauer (Bayer. Vp.), fragt, wie lange der Streit der Professoren noch andauern solle, ohne daß die Praktiker zu Worte kämen. Es müsse zunächst das Getreide geschützt werden.

Graf Keyserlingk hält den Weg des Professors Aereboe für „geradezu gefährlich". Die Getreideeinfuhr habe 1920 450 Millionen Mark betragen. Die Futtermitteleinfuhr nur 230 Millionen. Die Getreideproduktion bedürfe also vor allem des Schutzes.

Abg. v. Richthofen (Deutschnat.) richtet an Professor Aereboe folgende Fragen: Hätten wir Futtereinfuhr im Frieden stark ermäßigen können, wenn nicht so billiges Futter hereingekommen wäre? Der Zustand der Wiesen wurde immer schlechter. Hätten nicht von den 9 Millionen Hektar 90 Millionen Zentner Heu mehr erzeugt werden können? Hätte die Moorkultur im damals reichen Deutschland ungeheure Futtermengen hervorbringen, die Futtermitteleinfuhr überhaupt erübrigen können? Wer wird kultivieren, wenn seine Aufwendungen unrentabel bleiben? Wie wird die Maiseinfuhr auf den Kartoffelpreis wirken?

Professor Aereboe erklärt, daß es ihm ganz unmöglich sei, die Fragen des Freiherrn v. Richthofen im Rahmen eines kurzen Vortrages zu beantworten. Darüber müßte man Bücher schreiben. Der Sachverständige betont wiederholt, daß es vor allem darauf ankomme, den Import tierischer Produkte zu verringern. Was die Relation zwischen Industrie- und Landwirtschaftszöllen anlange, so müsse da eine gewisse Abstufung allerdings erfolgen. Es sei eben erforderlich, die Industriezölle abzubauen, so daß bei Industrie und Landwirtschaft nur die Veredelungsprodukte geschützt würden. Die Passivität der Handelsbilanz würde wachsen, wenn man seine Wege nicht gehen wolle. **Die 600 Millionen für die Einfuhr tierischer Produkte seien der größere Passivposten in der Handelsbilanz** als die geringere Ausgabe für die Getreideeinfuhr. Bei der Viehwirtschaft käme es allerdings auf die persönliche Leistungsfähigkeit an, und die sei bisher bei den kleineren Bauern die größere gewesen. Kapital erfordere jede Intensivierung.

In der Nachmittagssitzung trat der Landwirt Schneider aus Bayern den Ausführungen des Professors Aereboe bei.

Graf Keyserlingk wendet sich gegen die Umstellung der Landwirtschaft auf die Viehhaltung. Dadurch würden viele Arbeiter überflüssig. Die **vorübergehende Preissteigerung müsse ertragen werden, um die nationale Arbeit zu erhalten.**

Professor Bonn hebt hervor, daß seine Frage, wie die Preise stabilisiert und gesichert werden könnten, nicht beantwortet sei.

Luther will weiter schweigen

Heute Aeltestenrat und Auswärtiger Ausschuß

Der Aeltestenrat des Reichstags ist zu heute Mittwoch nachmittag einberufen worden. An dieser Sitzung wird auch der Reichskanzler teilnehmen und mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen eine Vereinbarung wegen der außenpolitischen Debatte treffen. In der Sitzung wird auch der weitere Arbeitsplan des Reichstags festgelegt werden.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags tritt ebenfalls heute Mittwoch vormittag 10 Uhr zusammen.

*

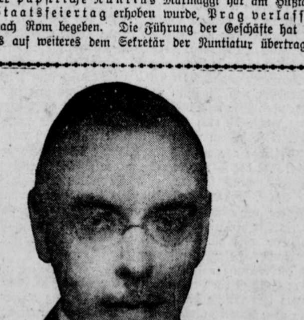
Der Reichskanzler Luther will also im Aeltestenrat erscheinen. Aber er will nicht reden! Er will sich nur im Aeltestenrat darüber äußern, warum er eine politische Aussprache im Plenum nicht billigen könne. Im Auswärtigen Ausschuß ist die Behandlung der außenpolitischen Lage im allgemeinen nicht vorgesehen. Von der Linken wird jedoch die Frage des Sicherheitspaktes und vor allem die Art der Behandlung der Reichsregierung gegenüber dem Plenum des Reichstags zur Erörterung gestellt werden. Inwieweit das nun geschehen kann und geschehen wird, hängt ganz von der Haltung des Zentrums als der bei der Abstimmung auch im Auswärtigen Ausschuß ausschlaggebenden Partei ab. Sollten die Regierungsparteien einen Antrag, den die Sozialdemokraten gestellt haben, ablehnen, dann wird auf alle Fälle um 1 Uhr mittags der Reichskanzler im Aeltestenrat erscheinen, um dort über die Gründe seiner Zurückhaltung Aufschluß zu geben. Für diesen Fall ist mit einer erneuten Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der politischen Aussprache in der um 2½ Uhr beginnenden Plenarsitzung des Reichstags zu rechnen.

Staatsfeiertag für Huß

Der päpstliche Nuntius verläßt Prag

Prag, 7. Juli.

In katholischen Kreisen herrscht Verstimmung wegen der Teilnahme der Regierung an der gestrigen Huß-Gedenkfeier. Der päpstliche Nuntius Marmaggi hat am Hußtage, der zum Staatsfeiertag erhoben wurde, Prag verlassen und sich nach Rom begeben. Die Führung der Geschäfte hat der Nuntius bis auf weiteres dem Sekretär der Nuntiatur übertragen.



Meyerowicz

der lettische Außenminister, der dieser Tage in Berlin Verhandlungen mit der Reichsregierung hatte, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten.

Schnelldienst

Reichskanzler Dr. Luther hat sich für das Reich und der Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, für Preußen bereit erklärt, das Ehrenprotektorat über die Mitteldeutsche Handwerks-Ausstellung zu übernehmen, die am 18. Juli auf dem Ausstellungsgelände in Magdeburg eröffnet werden wird.

Die Studierenden der Zahnheilkunde der verschiedenen Universitäten gründeten in Weimar den Reichsverband der Studierenden der Zahnheilkunde Deutschlands.

Der russische Botschafter in London, Rakowski, der mit einem Flugzeug der Deru-Luft von Moskau nach Königsberg geflogen war, und von da den Nachtzug nach Berlin benutzt hat, stieg gestern auf dem Flughafen Tempelhof zum Fluge nach London auf.

Die portugiesische Kammer hat dem neuen Kabinett Silva mit 52 gegen 51 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

In den ersten Julitagen herrschte in Mittelrußland eine große Hitze; in Moskau stieg das Thermometer auf 35 Grad Reaumur.

Grenzsteine der öffentlichen Meinung

Die „Konferenz" — Was kann Deutschland erreichen? Deutsch-französische Wirtschaftsentente

Von

Dr. Alfred Förster

Die Briandsche Note und das Communiqué der deutschen Reichsregierung setzen den Standpunkt der beiden großen politischen Antagonisten Deutschland und Frankreich in helles Licht. Die französische Note schließt mit dem ominösen Wunsch nach einer deutschen Antwort, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bieten. Der Ausdruck „neue" oder „zusätzliche" Friedensgarantie muß in dem Sinne verstanden werden, daß eine neue und zusätzliche Garantie des bestehenden, also des Versailler Friedens gemeint ist. Dagegen will die Reichsregierung „unentwegt an dem Ziel Deutschlands festhalten, um . . . zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, der durch ein Sicherheitsabkommen auf völliger Gegenseitigkeit begründet werden soll". Die Gegenüberstellung zwischen der „neuen und wirksamen Garantie" des Versailler Vertrages im Sinne Briands und dem „wirklichen Frieden" im Sinne Luther-Stresemanns zeigt Breite und Tiefe der Kluft, von der die französische Note jede Maskierung weggerissen hat.

Die deutsche Regierung will ihre Initiative fortführen. Sie tut es unter Verhältnissen, die heute äußerlich schwerer sind, als im Februar. Die Volksstimmung zieht der Reichsregierung sichtliche Grenzen. In der Stille des Geheimratszimmers ist das Verhandeln leichter, zuträglicher sicher nicht.

Die diplomatische Situation ist schon durch die Vielzahl verwickelter Probleme schwer belastet: Entwaffnungsnote, Sicherheitspakt, Eintritt in den Völkerbund. Die Note der Botschafterkonferenz über die Kontrolle der deutschen Luftfahrt kann auch nicht als Beweis verständigen Entgegenkommens der Siegerstaaten gedeutet werden.

Die deutsche Regierung gibt sich Rechenschaft, daß so schwere und komplizierte Probleme angesichts der allgemeinen nationalen Empfindsamkeit auf schriftlichem Wege überhaupt nicht gelöst werden können. Jeder Buchstabe einer Note verpflichtet, und diese Bindung an die juristische Formel schlägt die Staatsmänner flügellahm. Nur scheint uns der Ausdruck „Konferenz" für diese angestrebten mündlichen Verhandlungen verfehlt. Im diplomatischen Sprachgebrauch hat das Wort „Konferenz" einen fachlich-terminologischen Charakter angenommen. Der Umfang der Beratungsgegenstände einer solchen Zusammenkunft ist meist vor Beginn festgelegt. Die Zahl der einzuladenden Staaten muß festgestellt werden und Sitz und Stimme am Konferenztisch sind oft hitzig umstritten. Eine Ausweitung einer relativ zwanglosen Zusammenkunft der leitenden Minister der Großmächte zu einem europäischen Ministerkongreß, auf dem kleine und kleinste Intriganten ihren Witz üben, unterbleibt besser.

Aber so weit ist es noch nicht. Die Idee des Sicherheitspaktes als die Idee der Befriedung und Konsolidierung West- und Mitteleuropas ist nach unserer Ueberzeugung nicht aufzuhalten. Sie wird verwirklicht werden, weil sie verwirklicht werden muß, soll Europa auch nur den Rest seiner einstigen überragenden Macht behaupten, jenen Rest, den es zum Leben braucht. Die bittere Notwendigkeit, fließend aus der Depossedierung Europas, wird der Verwirklichung des europäischen Friedens mehr nützen als die sympathischen Bestrebungen der Friedensfreunde seit der Zeit, da der universelle römische Reichsgedanke den Gedanken des universellen Friedens im Reiche begründet hat, da aus der Pax Romana, dem römischen Frieden, das Christentum entsprang. Aber: ja, das „Aber" folgt so hoffnungsvollen Gedanken auf dem Fuße. Also: aber was Jahrhunderte nicht geschafft haben, wird auch heute Jahre brauchen. Und wie der Dawes-Plan bereits keimhaft in dem Gutachten des Gouverneurs der Bank von England vom Dezember 1921